

Fragen an die Welt nach 1989: Antworten von Meena Kandasamy

9. November 1989. Berlin.

Der Fall der Mauer, der Fall der Mauer, der Fall der Mauer. Je nach Auslegung / Artikel: der Kollaps des Kommunismus und der Triumph des Kapitalismus, der Sieg des Volkes über einen allmächtigen Überwachungsstaat, oder aber, der Glaube daran, dass alle Mauern eines Tages eingerissen werden.

Heute: Kapitalistische Unternehmen führen Überwachungen durch, die die Befugnisse jedes Staates bei weitem überschreiten. Heute: In Amerika wird ein Präsident aufgrund des Versprechens gewählt, eine Mauer zu bauen. Heute: Wir lernen immer noch aus unserer Geschichte.

9. November 1989.

Ich möchte den Fokus, den Blick auf etwas Anderes lenken, das Licht auf etwas Anderes werfen.

Schon lange, lange genug vielleicht, lassen wir uns von einem von Weltkriegen gebeutelten Westen blenden und ausbluten.

Schon lange nehmen wir hin, dass unsere Kultur marginalisiert wird, zur Anekdote verkommt; schon lange lassen wir es zu, dass unser Schicksal sich mit dem unserer Kolonisatoren verknüpft. Wir sind zum Spielball der Mächtigen geworden. Genau wie der Kapitalismus des freien Marktes zelebriert der Kolonialismus lediglich seine eigene Entscheidungsmacht. 1746 geriet meine Geburtsstadt Madras unter französische Kontrolle und wurde kurz darauf im Tausch gegen Louisbourg, eine Gemeinde in Nova Scotia in Nordamerika, an die Briten zurückgegeben. Seit langer Zeit wird uns nicht nur das Recht auf Selbstverwaltung verwehrt, sondern auch das Recht darauf, zu entscheiden, wer uns versklaven darf.

Seit langer Zeit schon sind wir der Willkür anderer ausgeliefert.

9. November 1989. Ayodhya, Uttar Pradesh, Indien.

Ein Vorfall hat sich ereignet, der den Lauf der indischen Geschichte für immer verändern soll. Nachdem es monatelang, emotionsgeladene Massenproteste gegeben hat, findet an diesem Tag in Ayodhya, direkt neben einer Moschee aus dem 16. Jahrhundert, die zeremonielle Weihe des Baugrunds für einen der hinduistischen Gottheit Ram gewidmeten Tempel statt. Die Regierung war angesichts der öffentlichen Gewalt zurückgerudert und hatte der rechten, blutdürstigen, hinduistischen Mehrheit Zugeständnisse gemacht und die Feier zur Grundsteinlegung erlaubt. Pankaj Pachauri schrieb dazu in der Zeitschrift *India Today*: „In einem einfachen Loch im Boden, das gerade einmal etwas über zwei Kubikmeter misst, wird möglicherweise die gesellschaftliche Eintracht zu Grabe getragen werden.“ Mehr als 200.000 Dörfer spendeten Backsteine für den geplanten Bau. Mehr als 100 Millionen Menschen schlossen sich den unzähligen Prozessionen an, die die Backsteine nach Ayodhya brachten. Während der so entfachten, ausufernden sozialen Spannungen konnte die rechtsstehende hinduistische BJP, die heutige Regierungspartei Indiens, einen Mandatsgewinn verzeichnen und erhöhte ihren Anteil an Parlamentssitzen in der Wahl 1989 von zwei auf 88. Mehr als die Hälfte

dieser Sitze wurden in Wahlkreisen erobert, die bereits Gewalt und Polarisierung in einem religiösen Kontext erfahren hatten.

Die unaufhaltsame, chauvinistische und brutale hinduistische Mehrheit hatte Blut geleckt; der Dachorganisation RSS angehörig, einer radikal-hinduistischen Freiwilligenorganisation, war die BJP nicht gewillt, einen Rückzieher zu machen. Am 6. Dezember 1992 gipfelte ihr offen zur Schau getragener, religiöser Hass schließlich in der Zerstörung der Babri Masjid Moschee: Unter dem Vorwand einer Kundgebung versammelten sich 150.000 mit Brecheisen und Hämmern bis an die Zähne bewaffnete Kar Sevaks (Freiwillige) vor der Moschee und machten am helllichten Tag das Gebäude dem Erdboden gleich; ein Ereignis, dem Monate an geheimer Planung und akribischer Vorbereitung vorausgegangen waren.

In den Aufständen, die daraufhin überall im Land ausbrachen, verloren über 2000 Menschen ihr Leben – die meisten von ihnen Muslime.

Dreißig Jahre später ist der Konflikt immer noch nicht gelöst, und der Ram-Tempel in Ayodhya bleibt weiterhin ein hochexplosives Thema. Die Sunni-Waqf-Stiftung, der das Land, auf dem die Moschee stand, gehört, erklärte sich sogar dazu bereit, die Besitzurkunde für den Tempel abzugeben, unter der Voraussetzung, dass für die Sicherheit anderer Moscheen im Land garantiert werden könne. Die ultrarechte, hinduistische Regierung, die Muslime immer wieder als Außenseiter, Fremde und Antinationalisten dargestellt hat, lehnte das Angebot jedoch ab. Das ganze Land wartet nun geschlossen auf das endgültige Urteil des Obersten Gerichtshofs – in vollem Bewusstsein, dass wir als Gemeinschaft das letzte Bisschen gesellschaftliche Toleranz verloren haben. In Angst und Schrecken erwarten wir das Urteil – denn wir wissen, dass der Albtraum Religionshass uns bereits gespalten hat.

9. November 1989:

Das war vor dreißig Jahren.

Es betrifft ein Fünftel der Erdbevölkerung.

Es beinhaltet einen andauernden Kampf gegen die neuen, neo-faschistischen Kräfte – Kräfte, die sich händereibend mit raffgierigen Unternehmen einlassen, Kräfte, die vor aller Augen ethnische Säuberungen durchführen, Kräfte, die die Ärmsten der Armen – die indigenen Stämme – systematisch ausrotten.

Es ist ein fortwährender Kampf, aber es ist auch die Geschichte, die sich selbst offenbart, eine Geschichte, die auch Deutschland nicht fremd ist.

„Die Berliner Mauer muss fallen.“

Diese lautstarke Forderung eines geteilten Volkes – getragen über Weltmeere und Weltsender hinweg, wurde bald zum Schlachtruf der Großindustrie.

Der indische Unternehmer J.R.D. Tata schrieb am 1. August 1991 in der *Times of India*: „Berliner Mauern müssen fallen“ – als Forderung nach Liberalisierung und Marktwirtschaft bezieht sich die Metapher der Mauer auf den winzigen Rest staatlicher Kontrolle, der in einer postkolonialen, unabhängigen Nation weiterhin ausgeübt wird. Die Kapitalisten waren in keiner Weise die Leidtragenden bei der Erschaffung eines neuen Indiens – sie unterstützten ihr Aushängeschild Gandhi, sie waren das Rückgrat seiner Freiheitsbewegung, sie heimsten jeden

Vorteil ein, den ihre Machtposition ihnen verschaffte. Reformen – ein trügerisches Wort, das nur den unverhohlenen Ausverkauf an den privaten Sektor kaschieren soll – wurden eingeleitet, als Resultat einer neuen Wirtschaftspolitik des Neoliberalismus. Die kapitalistische Klasse – in dem vom Kastensystem geprägten Indien entstammt sie der Kaste der Baniyas, der Kaste der Kaufleute und Geldverleiher – verlor keine Zeit, statt des profan anmutenden Kongresses die rechtsstehende hinduistische BJP finanziell zu unterstützen, unter der sie ihre wirtschaftlichen Interessen besser gefördert sah. Bei den Wahlen 2019 sorgte sie dafür, dass die BJP über zwei Drittel des Gesamteinkommens aller Parteien verfügte.

Was also ist aus diesem Freudenfest des Neoliberalismus geworden? Dreißig Jahre später besitzen die neun reichsten Inder mehr Vermögen als die unteren 50 Prozent des Landes. Dreißig Jahre später belegt Indien Platz 102 von insgesamt 119 Ländern, in denen Mangelernährung von Kindern ein Problem ist: Im ganzen Land sterben täglich 3000 Kinder den Hungertod. Die Entscheidung des Staates, nicht einmal mehr grundlegende Sozialhilfe zu gewährleisten, hat für die Menschen, die ohnehin bereits am Rande der Armut leben, schlimmste Folgen. Eine Regierung, die sich dank des Kapitals der Gurus des freien Marktes an die Macht befördert hat, ist ihrem Zahlmeister vollkommen hörig. Die Banken erlassen Problemkredite in Milliardenhöhe. Das oberste Gericht des Landes ermöglicht Landnahme durch Unternehmen, indem es Millionen von Waldbewohnern aus den Wäldern zwangsräumen lässt; die indigene Bevölkerung Indiens ist mit beinahe 100 Millionen Menschen die größte der Welt und besiedelt 22 % der Gesamtfläche des Landes. Bei dem Versuch, Indien in ein gänzlich hinduistisches Land umzuwandeln, zwingt die Regierung Millionen von Menschen in die Staatenlosigkeit. Für die Herrschaft des Marktes wurden Mauern in Schutt und Asche gelegt, doch es sind neue Mauern gewachsen – zwischen Menschen, zwischen Ländern, zwischen Religionen und Kasten.

Übersetzt aus dem Englischen von Elina Baumbach